

REGION HEIDELBERG

So erreichen Sie die Redaktion:

Tel. Redaktion: 0 62 21 - 519 58 00
Fax Redaktion: 0 62 21 - 519 958 00

E-Mail: region-heidelberg@rnz.de

STIMMEN

Sandhausen. (axe) Kopfschütteln löste der geplante Ausbau der Rastanlage „Hardtwald“ im Gemeinderat aus:

> **Uwe Herzog:** „Wir müssen auf die Barrikaden gehen“, appellierte der CDU-Gemeinderat, „das können wir uns so nicht gefallen lassen“. Das gesamte Vorhaben – gerade auch vor dem Hintergrund des drohenden Rückbaus der L 600 – sei nur „sehr schwer nachvollziehbar“.

> **Werner Berger:** „Da fällt man vom Glauben ab“, meinte der SPD-Sprecher. Auch er bezog sich auf den beabsichtigten L 600-Rückbau und attestierte dem Regierungspräsidium Realitätsferne. „Hingegen scheint bei Autobahnen das Schutzgut Mensch eine untergeordnete Rolle zu spielen.“

> **Georg Diem:** „Ich sehe nur Nachteile“, sagte der FDP-Rat. Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft seien erheblich, Übergangsflächen würden durch den Parkplatzausbau völlig entfallen. Überdies sei die „Hardtwald“-Raststätte schon jetzt ein Drogenschwerpunkt.

> **Gerhard Hettinger:** „An der Planung ist überhaupt nichts Gutes“, befand der AL-Rat. Fernab der Auswirkungen auf Sandhausen weise der umfangreiche Ausbau der Rastanlage in die falsche Richtung – Frachtgüter müssten auf die Schiene verlagert werden, bevor es komplett zu spät sei. „Das kann man im Leben nicht befürworten.“

Erweiterung der Rastanlage nicht „abgenickt“

Zu viele Fragen bleiben laut Gemeinderat unbeantwortet – Einschnitte in den Wald in der Größe von 18 Fußballfeldern geplant

Von Alexander Werschak

Sandhausen. Die Hopfengemeinde Sandhausen sagt Nein. Zumindest fürs Erste. Geschlossen votierten die Gemeinderäte in ihrer jüngsten Zusammenkunft dafür, den geplanten Ausbau der Autobahn-Rastanlage „Hardtwald“ nicht einfach abzunicken. Viel zu viele Fragen ließen die vorgelegten Unterlagen für Sandhausens Verwaltung und seine Bürgervertreter offen.

Das Vorhaben ist gigantisch: Um fünf Hektar soll die östliche und um sieben Hektar die westliche Seite der an der A 5 gelegenen Raststätte vergrößert werden. 45 zusätzliche Parkplätze für Pkw, 14 für Busse und 44 für Lkw sind im Osten vorgesehen; der Westen soll um 58 Stellplätze für Autos, 14 für Omnibusse und um 112 für Laster erweitert werden.

Schon das augenfällige Ungleichverhältnis in der Zahl der Parkplätze für den Schwerlastverkehr sowie der Umstand, dass auch noch weitere Abstellmöglichkeiten für Pkws, hingegen aber keine neuen Behindertenparkplätze vorgesehen sind, könne aus dem „Standortkonzept“ nicht hergeleitet werden. Das war Sandhausen während der zurückliegenden Sommerferien vom Regierungspräsidium in Karlsruhe zugegangen.

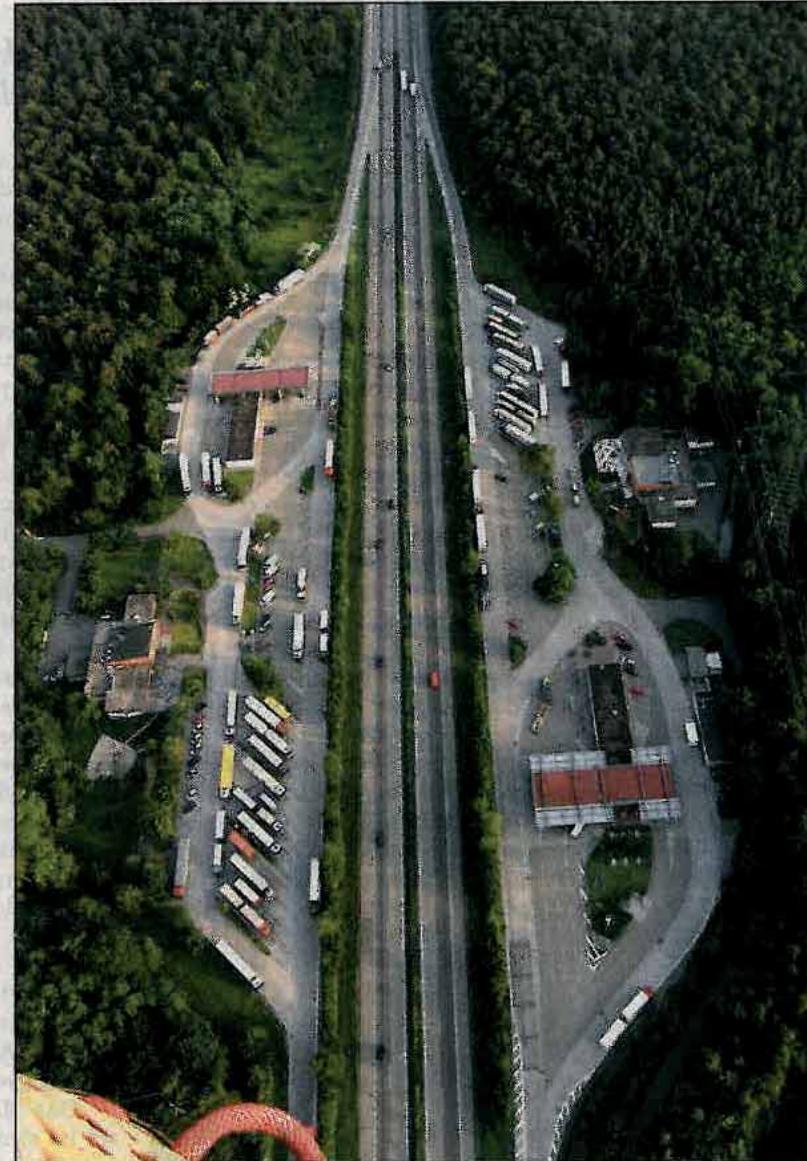
Beileibe waren dies nicht die einzigen offenen Punkte: Stück um Stück beackerte Ortsbaumeister Michael Schirok vor den versammelten Bürgervertretern die vielen Fragezeichen. Vor allem, wie es um den naturschutzrechtlichen Ausgleich stehe, dem ja „höchste Priorität“ eingeräumt werden müsse.

Schließlich würde die Raststätten-Vergrößerung eine Fläche beanspruchen,

führte Michael Schirok aus, die rund 18 Fußballfeldern entspricht. Grauer Beton würde sich ab dem Jahre 2013 dort breit machen, wo heuer noch Landwirte ihre Parzellen bestellen, insbesondere aber der Forst zur Naherholung einlädt. Von der Tatsache ganz abgesehen, dass im fraglichen Bereich das Grundwasser betroffen sein könnte, das vom Zweckverband „Wasserversorgung Hardtgruppe“ in die Haushalte von Sandhausen, Leimen und Walldorf gepumpt wird.

„Bei der Baumaßnahme sind die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes ausreichend zu berücksichtigen“, schreibt denn auch der Sandhäuser Forderungskatalog dem Maßnahmenträger ins Stammbuch. Und weiter: Notwendige Gutachten sind zu erstellen und vorzulegen; geschützte Bereiche dürfen nicht beeinträchtigt, beschädigt oder zerstört werden; entsprechende Sicherungsmaßnahmen sind vorzusehen, außerdem die Naturschutzbehörden bereits jetzt zu beteiligen.

Betroffen vom massiven Ausbau der Rastanlage um insgesamt 287 neuerliche Parkplätze sind neben Sandhausen auch Oftersheim und Heidelberg. Mit der Nachbarstadt hat das Rathaus der



Die Rastanlage „Hardtwald“ liegt im Wald. Foto: www.heidelberg-ballon.de

Hopfengemeinde bereits Kontakt aufgenommen – dort werde das Vorhaben „gleichfalls sehr kritisch gesehen“.

Zumal im so genannten Standortkonzept unverblümt dargelegt sei: „Da die Verkehrsflächen auf den bewirtschafteten Rastanlagen Hardtwald Ost und West erweitert werden sollen, wurden alternative Standorte nicht untersucht.“ Kein Wunder, dass Sandhausens Verwaltung entgegen hält: „Diese Aussage ist in dieser Form nicht akzeptabel.“ Eine Untersuchung alternativer Standorte sei sehr wohl geboten.

Summa summarum verlangt die Kommune – getragen vom einhelligen Votum des Gemeinderates – vollständige Unterlagen beizubringen, weil eine Beurteilung in wesentlichen Punkten und damit auch in der Gesamtheit nicht möglich sei. Erst danach werde man einen Beschluss fassen und eine abschließende Stellungnahme abgeben können.

Ob die nachvollziehbaren Bedenken bezüglich des Bauvorhabens dereinst ausgeräumt werden können, darf allerdings bezweifelt werden.

Bürgern schwer zu vermitteln

Bürgermeister Georg Kletti: Große Fläche soll zubetoniert werden

Sandhausen. (axe) „Es ist meiner Ansicht nach weder für die Bürgerschaft, noch für den Gemeinderat nachvollziehbar, wenn auf der einen Seite eine wichtige und funktionierende Straße entfernt wird, auf der anderen Seite eine Fläche Natur und Landschaft entzogen wird, welche einem Vielfachen der rückzubauenden L 600 entspricht.“ So sagte es Bürgermeister Georg Kletti in der Sitzung des Gemeinderats (vgl. Artikel auf dieser Seite). Der Rathauschef arbeitete in seiner Stellungnahme das deutlich heraus, was sich dem Bürger wirklich nur schwer vermitteln lässt. Gute zwölf Hektar Gelände, davon nicht wenig aus Sandhausen, sollen für den mächtigen Ausbau des Rastplatzes „Hardtwald“ betoniert werden – Fläche, die bislang als Wald der Naherholung oder als Acker der Landwirtschaft dient.

Sicher: Im Industrieland Deutschland werden nun einmal viele Güter auf der Straße befördert; die Chauffeure sollen und müssen ihre Ruhezeiten einhalten;

und die Stellplätze entlang der Bundesautobahnen reichen hinten und vorne nicht. Deshalb auch der Ausbau am „Hardtwald“, über den Sandhausen vom Regierungspräsidium Karlsruhe am 18. August dieses Jahres informiert worden sei.

Genau das gleiche Regierungspräsidium indes macht es der Hopfengemeinde ausgesprochen schwer, den geplanten Rückbau eines flächenmäßig höchst übersichtlichen Teilstücks der Landesstraße 600 zu verhindern – aus Gründen des Natur- und Umweltschutzes. Der L 600-Rückbau aber käme einem verkehrstechnischen Infarkt in der Kommune gleich.

„Mir ist klar, dass Parkplätze zusätzlich benötigt werden“, wies Verwaltungschef Kletti ein Denken nach den St.-Florians-Prinzip von sich. Und ihm sei auch klar, dass es sich bei den besagten Vorhaben um zwei völlig selbstständige Verfahren handle, die rechtlich nichts miteinander zu tun haben. „Dies jedoch nach außen hin klarzumachen“, so Kletti, „ist nahezu unmöglich.“

L 600-Rückbau: Sandhausen lässt nicht locker

Nun soll ein Bündel aus mehreren Maßnahmen den Fortbestand der Landesstraße sichern

Sandhausen. (axe) Einerseits droht der Hopfengemeinde in unmittelbarer Nachbarschaft der zwölf Hektar große Ausbau der Rastanlage „Hardtwald“ und andererseits muss schier um jeden Grashalm gerungen werden, um den Rückbau der Landesstraße 600 zu verhindern (die RNZ berichtete). Noch im Oktober oder im November – und vermutlich in der Festhalle – will Sandhausens Verwaltung die Bürgerschaft über den aktuellen Stand der Dinge informieren, gab Rathauschef Georg Kletti eingangs der jüngsten Sitzung des Gemeinderates bekannt.

Die Gemeinde möchte, um einen Verkehrsinfarkt zu vermeiden, den geplanten Rückbau der L 600 verhindern. Ein Konzept der Kommune zum naturschutzrechtlichen Ausgleich, das im vergangenen Dezember erstellt wurde, wies das Regierungspräsidium Karlsruhe jedoch als nicht gleichwertig zurück.

„Dennoch hält es Karlsruhe für möglich“, führte Kletti aus, „in rechtlich zulässiger Weise auf den Teilrückbau der L 600 zu verzichten.“ Als Ersatz für die im Plan festgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen komme ein Bündel mehrerer Maß-

nahmen in Betracht. Daher wurde ein Arbeitskreis aus Vertretern Sandhausens und der Stadt Heidelberg gebildet, der ein rechtssicheres Konzept erarbeiten sollte. Dieses wurde dem Rat in nicht-öffentlicher Sitzung bereits präsentiert.

Der Öffentlichkeit will das Sandhäuser Rathaus ihr Konzept auf der besagten Bürgerversammlung näher bringen. Vor dem Hintergrund des massiven Ausbaus der „Hardtwald“-Raststätte könne man sich auch ein Gesamtkonzept zum naturschutzrechtlichen Ausgleich vorstellen, machte Verwaltungschef Kletti deutlich.

ANZEIGE

ZUKUNFT UNTERNEHMEN

Die Unternehmenswoche 2010 der Sparkasse Heidelberg